

Stellungnahme des Arbeitsausschusses der Gewerkschaftslinken zum Funktionieren des Bündnisses „Wir zahlen nicht für eure Krise“

Auf der Sitzung des Arbeitsausschusses der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken am 3. Mai in Frankfurt wurden einige Beschlüsse zur Weiterarbeit im Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“ gefasst. Die Gewerkschaftslinken werden sich weiter an dem Bündnis beteiligen, sie ruft ebenfalls zur Teilnahme an der DGB-Demo am 16. Mai in Berlin auf und sie unterstützt die Bildung eines linken Blocks „10 – 30 – 500“. Darüber hinaus wird sich die Gewerkschaftslinken auch an der Aktionskonferenz am 27./28. Juni in Kassel beteiligen, aber auch an der bereits im Januar beschlossenen Nachfolgetagung des Treffens vom 31. Januar in Frankfurt festhalten.

Neben diesen Beschlüssen wurde allerdings die zurückliegende Arbeit des Bündnisses an einigen Punkten sehr kritisch bilanziert. Die Vertreter der Gewerkschaftslinken hatten sich in den verschiedenen Bündnisgesprächen stark dafür eingesetzt, dass der Aufruf nicht vage bleibt, sondern möglichst konkrete Forderungen formuliert, um auf diese Weise die Diskussionen über die Krisenpolitik voranzubringen und darüber den Widerstand zu beflügeln. Dabei spielten für uns (wie für weite Teile der sozialen Bewegung) die Forderungen nach 10 € Mindestlohn, 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und 500 € Eckregelsatz eine zentrale Rolle. Wir haben dies nicht allein vertreten, konnten uns aber nicht durchsetzen. Das ist dann nicht schlimm, wenn das Bündnis zu mehrheitlichen Beschlüssen kommt und sich anschließend alle Beteiligten an die dabei getroffenen Absprachen halten. Drei Momente sind uns aber besonders unangenehm aufgestoßen:

1. Es war schon am 6. Januar Konsens, dass das Motto heißen sollte: „Wir zahlen nicht für eure Krise“. Punktum, und nichts weiter. Auf dem Plakat, auf den Aufrufen und auf der Homepage „28Maerz.de“, die von Attac gemanagt wurde, ist dann aber als zweites Element in das Motto die Formulierung aufgenommen worden „Für eine solidarische Gesellschaft“. Dies beruhte auf keiner autorisierten Entscheidung und ist von einem kleinen erlauchten Kreis selbstherrlich reingesetzt worden. Den Verantwortlichen für diesen Schritt musste aber klar sein, dass es sich dabei nicht um eine technische Nebensächlichlichkeit handelte, sondern dass die Einführung einer ganz bestimmten Formulierung an einer so hervorgehobenen Stelle äußerst problematisch ist: Je nach politischer Zugehörigkeit kann die Formulierung zwar unterschiedlich interpretiert werden, auf jeden Fall aber schürt sie in den Augen vieler TeilnehmerInnen des Bündnisses die Illusion, man könne den Kapitalismus in eine solidarische Gesellschaftsordnung transformieren. Solch selbstherrliches Eingreifen in gefasste Beschlüsse ist grundsätzlich nicht hinnehmbar.
2. Genauso wenig hinnehmbar ist eine Politik der Ultimativen, die vor allem in der Folge des 6. Januar von Seiten der Partei *Die Linke* vorgenommen wurde. Der Vertreter des Parteivorstands hat bei den anschließenden Verhandlungen und vor allem in den Telefonkonferenzen des beauftragten Koordinationskreises erklärt, dass die Forderungen 10 € Mindestlohn und 500 € Eckregelsatz nicht in den Aufruf rein dürften, sonst werde

die Partei nicht mehr mitmachen. Dies wurde nicht inhaltlich begründet, es wurde in keiner Weise ausgeführt, inwiefern dies den Zielen des Bündnisses schade oder dergleichen. Als einziger Grund wurde angegeben, diese Zahlen entsprächen nicht dem Parteiprogramm der Partei *Die Linke*. Besonders pikant daran ist nicht nur, dass sich auf diese Weise einige der am Bündnis beteiligten Gruppen und Organisationen erpressen ließen und somit diese konkreten Positionen nicht in dem Aufruf standen (was wir für die Entwicklung der Diskussionen in der interessierten Öffentlichkeit für schädlich hielten und halten), sondern auch dass kurze Zeit später Vertreter des Parteivorstands (Lafontaine und andere) diese Positionen selbst in der Öffentlichkeit vertreten haben.

3. Darüber hinaus gab es im Bündnis die Absprache, dass auf der Website klar erkennbar gemacht werden soll, wer den Aufruf unterstützt und wer nur zur Demo aufruft, ohne den Aufrufstext zu unterstützen. Dies wurde dann aber auf der Website nicht möglich gemacht, entsprechende Mails, dies gemäß der Beschlusslage umzusetzen, liefen ins Leere. Wir fanden es auch befremdlich, dass entgegen der Absprache vom 6. Februar (wonach die damals schon funktionierende Berliner Website als bundesweite Website des Bündnisses genutzt werden sollte) parallel dazu von Attac eine weitere „Bündnis-Website“ installiert wurde, was an einigen Stellen für Verwirrung sorgte. Auch das fördert nicht gerade die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit denjenigen, die dafür verantwortlich zeichnen.

Wir meinen, wer wirklich am Aufbau des breitest möglichen Bündnisses interessiert ist, darf solche Praktiken nicht fortführen, stillschweigend gutheißen oder auch nur dulden. Wir appellieren deswegen an alle Beteiligten des Bündnisses, in Zukunft von allen Ultimaten Abstand zu nehmen bzw. sie zurückzuweisen und sich an getroffene Absprachen zu halten, bzw. die Einhaltung der Absprachen einzufordern.

Arbeitsausschuss der Gewerkschaftslinken, Frankfurt/Main, 3.5.09